

Die Demokratie verteidigen

■ HEINER BOBERSKI



Heiner Boberski ist Journalist und Buchautor. Er war Chefredakteur der Wochenzeitung „Die Furche“ und Ressortleiter in der „Wiener Zeitung“.

■ **Demokratie heißt, dass man auf alle Rücksicht nehmen soll, es aber nie allen recht machen kann.**

Wir erleben nicht gerade eine Blütezeit der politischen Kultur. Das gilt nicht nur für Länder, die man bestenfalls als „Pseudodemokratien“ bezeichnen kann, sondern auch für westliche Demokratien, von denen etliche mit schweren Krisen konfrontiert sind. Unverkennbar ist, dass tiefe Risse durch ganze Gesellschaften gehen – etwa in den USA zwischen Demokraten und Republikanern, in Großbritannien zwischen Brexit-Befürwortern und –Gegnern, aber auch bei uns in der Haltung zu Corona-Maßnahmen, zum Klimawandel, zu Migrant*innen oder zu den Sanktionen infolge des Ukraine-Krieges.

Immer häufiger hört man auch in Österreich Stimmen, das politische System funktioniere nicht mehr. Ist da etwas dran? Sicher ist das Vertrauen in politische Mandat*innen stark gesunken, teils durch deren hilfloses Agieren, teils aber auch durch das ständige Veröffentlichen an sich vertraulicher Chat-Protokolle und den Umgang damit durch einander befehlende Parteien sowie oft anonym bleibende Agitatoren in den angeblich sozialen Medien. Schaufeln unfähige Regierende oder deren aggressive Kritiker der Demokratie das Grab?

Das Wesen der Demokratie ist, dass das Recht vom Volk ausgeht und Gewaltenteilung herrscht. Im Staat sowie in Ländern und Gemeinden werden Vertreter des Volkes frei gewählt. Der Staat hat Verantwortung für seine Bürger, aber die Bürger haben auch Verantwortung für den Staat. Demokratie heißt nicht, dass ihre Gesetze und sonstigen Regeln nur lax zu handhaben sind. Die Corona-Krise war ein Beispiel dafür, dass sich manche berechtigt fühlten, staatliche Vorgaben – so fragwürdig sie mitunter sein mochten – als Zeichen einer „Diktatur“ zu missachten.

Demokratie heißt, dass man auf alle Rücksicht nehmen soll, es aber nie allen recht machen kann. Demokratisch gewählte Regierungen sind auch zu unpopulären Maßnahmen legitimiert. Sie müssen dann freilich mit ihrer späteren Abwahl, eventuell aber auch mit sofortiger Gegenwehr durch – sicher noch ausbaubare – direktdemokratische Aktionen (Volksbegehren, Volksabstimmung) rechnen. So funktioniert eine Demokratie, – sie kann sich nur selbst ruinieren, wenn die Mehrheit sie nicht verteidigt, sondern ihren Gegnern das Feld überlässt.

Solange Wahlen ohne Manipulationen, solange korrekter Machtwechsel stattfinden, sind Zweifel am demokratischen System eines Landes nicht angebracht, auch nicht von oppositionellen Kräften, die ein bestimmtes Verhalten der Regierenden ablehnen. Mehr als berechtigt ist natürlich Kritik am perfiden Spiel mit gekauften Umfragen, die Medien als Gegenleistung für Inserate von Bund, Ländern oder Gemeinden veröffentlichen.

Es spricht viel dafür, dass in Österreich weitestgehend korrekte Wahlen stattfinden. Durften heuer nicht die buntesten Vögel bei der Bundespräsidentenwahl antreten? Hätte es bei manipulierten Wahlen eine Impfgegnerliste in den oberösterreichischen Landtag oder eine Kommunistin auf den Grazer Bürgermeistersessel geschafft?

Machtwechsel mögen den Anhängern der gerade Regierenden nicht gefallen, sie sind aber Zeichen einer funktionierenden Demokratie. Und weil Österreich eine solche ist, dürfen wir derartige Zeichen auch bei den nächsten anstehenden Wahlen erwarten. ■